

# **INTERKULTURELLE KOMMUNIKATION ODER HYBRIDER DISKURS?**

**Zur schwierigen Wahrnehmung neuer und traditioneller Gemeinschaften  
Afrikas in aktuellen Friedens- und Entwicklungstheorien.  
Das Beispiel Uganda.**

WOLFGANG DIETRICH

FRIEDENSZENTRUM BURG SCHLAINING, MAI 1997



## Inhalt

Seite

<b>1. Prolog</b>	<b>5</b>
<b>2. Hybrider Diskurs</b>	<b>7</b>
<b>3. Paradigmen der Friedensforschung</b>	<b>10</b>
<b>4. Uganda</b>	<b>11</b>
<b>5. NGOs</b>	<b>17</b>
<b>6. Traditionelle und neue Gemeinschaften in Uganda</b>	<b>19</b>
<b>7. Literatur</b>	<b>23</b>



## 1. Prolog

*There was an old man of Dumbree  
Who taught little owls to drink tea  
For he said "To eat mice  
Is not proper or nice"  
That amiable man of Dumbree.*<sup>1</sup>

Es dürfte wohl kein afrikanisches Land geben, für das nicht nachgewiesen wäre, daß sich die Kolonialmacht eine wirtschaftlich und militärisch potente Staatsklasse heranzogen hat, ehe das jeweilige Land in die völkerrechtliche Unabhängigkeit entlassen wurde. Über diese Klasse wurden all die Länder, auch und gerade wenn revolutionär-nationalistische Rhetorik das Gegenteil suggerierte, in der postkolonialen Ära weiter manipuliert, sodaß die Vorsilbe "post" nicht für die Zeit nach dem Kolonialismus steht, sondern eben für jene bis heute andauernde Phase, die mit der völkerrechtlichen Unabhängigkeit begann, die in ihren grundlegenden Wertigkeiten und Mechanismen aber weiterhin Kolonialismus ist.

In der Solidaritätsszene Europas, im Entwicklungsgeschäft, bei Menschenrechts- und Friedensbewegungen wird weitgehend vergeblich versucht, in der Begegnung mit afrikanischen Menschen und Gemeinschaften diesen kolonialen Bezugsrahmen zu überwinden. Das Desaster, das durch jenes fortgesetzt kolonialistische Scheitern in und mit Afrika bereitet wurde, gebietet die Frage nach der Richtigkeit der Grundannahmen, auf der Solidaritäts- und Friedensarbeit fußt, und die Suche nach den offensichtlich elementaren Mißverständnissen, die bereits am Anfang jener Initiativen gestanden haben müssen, die den Zynismus der reinen Macht durch den guten Willen einer humanitären Solidaritätsarbeit ablösen wollten. Hier soll es in der Folge nicht darum gehen, nach Durchführungsfehlern im Entwicklungsgeschäft oder nach nachteilhaften Strukturen der "internationalen Arbeitsteilung", etwa im Sinne der Lomé-Abkommen, zu suchen. Das wurde und wird immer aufs Neue hinlänglich geleistet. Es geht hier vielmehr darum, jene Ebenen anzusprechen, die im Kreislauf der Hoffnungen und des Scheiterns seit vierzig Jahren angelegt sind, um jene Setzungen, Annahmen oder Vorurteile also, die all den unterschiedlichen Versuchen schon vorgelagert waren und sie damit leiteten, ohne explizit in den Entwürfen,

---

<sup>1</sup> Zitiert nach: Mitchison, Naomi: *Other Peoples Worlds*; London, 1958. S.253.

Plänen und Programmen vorzukommen. Ich möchte zu diesem Zweck das Beispiel Ugandas herausgreifen, weil die politische Geschichte dieses Landes besonders schrill verlief, und es zugleich eines der bevorzugten Zielländer des zeitgenössischen Hilfsgeschäftes darstellt. Uganda, boomender und modernisierender Zielhafen globaler Entwicklungsbemühungen, steht zur Zeit fast sinnbildlich für jenes alte Mißverständnis der Kulturen, das mit wechselnden Emblemen immer wieder neu aufgelegt wird.

## 2. Hybrider Diskurs

Als Ausgangspunkt wähle ich ein Argument des Romanciers Ngugi Wa Thiong'o<sup>2</sup> aus Kenia, der dort keineswegs zufällig verfolgt, inhaftiert und schließlich exiliert wurde. Er bezieht sich auf die großen Texte und Autoren der afrikanischen Literatur und auf deren Ursprung in der *petty bourgeoisie*, womit jener gebildete Mittelstand gemeint ist, der weder zu jenen zählt, die die großen Entscheidungen treffen, noch zur bäuerlichen Basis der betroffenen Länder. Ngugi bezieht sich somit auf jene, die auf die Stürme und Wechselfälle des sozialen Lebens besonders flexibel reagieren, weil sie nirgendwo, außer in den Vorgaben ihrer universalistischen Bildung, fest verwurzelt sind. Ngugi zählt die großen Namen der afrikanischen Literatur hierher: Soyinka, Achebe, Senghor, Neto, Ousmane... und er wirft ihnen vor, daß sie nicht wirklich afrikanische Literatur schrieben, weil ihre Meisterschaft in der englischen, französischen oder portugiesischen Sprache zugleich auch ihre Gefangenschaft in den Grenzen und Wertigkeiten dieser Sprachen bedeute. Da Sprache ein unteilbarer Ausdruck des Denkens und damit des Seins ist, würden die Helden auch der engagiertesten Texte dieser Meister ent-afrikanisiert und die Welten, die zu beschreiben sie beanspruchen, in das formale Konzept der europäischen Leserschaft gezwängt, das ihnen nicht gerecht wird. Ngugi nennt seine namhaften Kollegen daher afro-europäische Schreiber und bezichtigt ihre Texte eines hybriden Charakters, indem er fragt, an wen sie sich in ihrer Radikalität denn eigentlich richteten. Geht es den Autoren primär um die Honorierung durch das europäische Publikum oder wollen sie sich jenen mitteilen, deren Sprecher zu sein sie beanspruchen? Ngugi selbst zog die Konsequenz aus seiner Beobachtung und schreibt seither in Kikuyu und Kiswaheli.

Der daraus resultierende Streit der afrikanischen Literaten und Wissenschaftler weist auf das Dilemma eines jeden Textes hin, der die Sprache - und damit die Information - des Alltags in konkreten Haushalten und Gemeinschaften im Rahmen eines aufgeklärten Entwicklungsdenkens formalisieren will. Indem die Aussage vom konkreten Ort ihrer spezifischen Gültigkeit in den abstrakten Raum aufgeklärter Allgemeingültigkeit transferiert wird, wo sie künstlerische oder wissenschaftliche Wahrheit beanspruchen soll, wird sie zugleich ihres ursprünglichen Charakters entkleidet. Es verwundert sohin nicht, daß viele afrikanische Literaten und Wissenschaftler sich der Denkweise, den Formen und den Codes jener Kolonialmacht verschrieben, von der sie ihre Bildung auch bezogen haben. Sie wählten den Weg des geringeren Widerstandes zu einer universalen, aber damit zugleich hybriden Anerkennung. Das ist nicht unredlich, wenn man bedenkt, daß die andere Tendenz die interkulturelle Kommunizierbarkeit der Information

---

<sup>2</sup> Ngugi Wa Thiong'o: *Decolonising the Mind - The Politics of Language in African Literature*; Nairobi, London, Harare; 1986. S. 20-30.

überhaupt bestreitet<sup>3</sup>, womit nicht nur ein sprachsoziologisches Problem angesprochen, sondern am Grundverständnis aufgeklärter Wissenschaftlichkeit an sich gerüttelt wird. Doch gerade dieses Rütteln an aufgeklärten Selbstverständlichkeiten wird wohl notwendig sein, will man afrikanischen Gesellschaften je gerecht werden.

Um zu verstehen, welche Bedeutung die hier angesprochene Frage hat, lohnt ein Besuch an der renommierten Makerere-Universität in Kampala, die einen guten Teil der politischen und wissenschaftlichen Prominenz Afrikas hervorgebracht hat. Wer auf der Basis der aus britischen Donationen zusammengestellten (und heute überalteten) Bibliotheksbestände dieser Universität studiert, kann bei gutem Lernerfolg ein herausragender Vertreter angelsächsisch-universalistischer Weltsicht werden - aber eben nur das. Wenn die Abgänger dieser und ähnlicher Universitäten die Referenzpersonen für humanitäre Solidaritäts- und Entwicklungsinitiativen darstellen, so werden Entscheidungen auf der Basis von Annahmen getroffen, die sich in einem universellen Rahmen von Wahrheit laufend selbst reproduzieren und damit eben jenen hybriden Charakter erhalten. Und das Dilemma dieses entfremdenden Prozesses liegt darin, daß ihm eben nicht nur eine europäisch-kolonialistische Komponente zugrunde liegt, sondern auch eine afrikanische.

Bürokratisch wird dies in jene heute gemeinhin übliche Form gegossen, daß staatlich oder kirchlich gesponserte *Non Governmental Organizations*, NGOs, der "Geberländer" mit mehr oder weniger unabhängigen NGOs in den "Empfängerländern" Verträge schließen, um für die zur Zielgruppe bestimmten "Begünstigten" Gutes zu tun. Die Aktionen, oder wenigsten die Berichte über sie, unterliegen dabei den Kriterien der Kontrollinstanzen der "Geberländer", die sich ihrerseits dem DAC-Schema der OECD unterwerfen.

In diesem besten aller annehmbaren Fälle<sup>4</sup> werden vor allem Budgetlinien verwaltet, die auf eben jenen Voraus-Setzungen beruhen, die durch den hybriden Diskurs der Beteiligten entstehen. Solange die universalistisch geschulten Partner an der Peripherie jene Codes an das Zentrum senden, die nach seinen Kriterien richtig sind, wird angenommen, daß Entwicklung stattfindet. Inhalte sind zweitrangig. Daß dies auch heute, in der Mitte der neunziger Jahre, noch so ist, erstaunt auf den ersten Blick, gibt es doch ausreichend Erfahrung aus den siebziger Jahren, in denen die Staatsklassen des Südens eine *Neue Weltwirtschaftsordnung* einforderten und damit

---

<sup>3</sup> Eine hervorragende Zusammenfassung dieser Diskussion u.a. bei Coleman, James; *American Political Science and Tropical Africa*; London 1994. S.206-252.

<sup>4</sup> Der beste aller annehmbaren Fälle ist dies deshalb, weil unter dieser Konstruktion bei geschickter Berichtsgestaltung an das System ein erheblicher inhaltlicher Gestaltungsspielraum für die beteiligten Personen bleiben kann, der bei Institutionen höherer Ebene, also bei zwischenstaatlicher Kooperation auf bi- oder multilateraler Ebene, vollkommen verlorenght.

ihre Nationalökonomien, ihre Völkerrechtssubjekte, also sich selbst und ihre Herrschaft, aber nicht etwa die Menschen meinten, denen sie "ihre Stimme liehen". Einerseits laufen damals auf Makroebene entworfene Programme - wie etwa die Lomé-Abkommen - nur wenig verändert bis heute weiter, andererseits entwarf man auf Mikroebene ein Abbild derselben und reproduziert den hybriden Diskurs der Staatsklassen nun auch auf der bildungsbürgerlichen Ebene der NGOs.

Das Staunen schwindet, bedenkt man auch die Hierarchie der Interessen, die von vornherein ein solches System und seine Projekte bestimmen, und die heilsorientierten Annahmen, mit denen sie operieren.

Nach fünfzig Jahren "Entwicklung" ist der andauernde Nettokapitalfluß aus dem Süden in den Norden als zentrales Charakteristikum des kapitalistischen Weltsystems nicht mehr zu leugnen. Dennoch bezeichnen nicht nur die tüchtigen Administratoren der gewinnenden Nationalökonomien des Zentrums das Anwachsen der Disparität zwischen den entsprechenden Gesellschaften als Unfall und behebbare Fehlentwicklung, sondern auch ihre Statthalter in den Subzentren des Südens. So veröffentlichten etwa die Außenminister Afrikas 1995 ihre *Cairo Agenda for Action* <sup>5</sup>, in der sie gleich in Punkt 3 der Präambel zu den bisherigen Entwicklungsplänen festhalten:

*"Unfortunately, these plans and programmes were not adequately implemented by the majority of our countries..."*.

Nachdem erst geklärt ist, daß das Ziel wohl stimmt, nur die Umsetzung fehlerhaft war, kann dem Jahrzehnte alten Paradigma bedenkenlos weiter gefolgt werden, und so beschließen die afrikanischen Außenminister das *"involvement of the people in the conception, implementation and monitoring of development plans, programmes and projects"*.

Wer Minister wie diese hat, braucht keinen äußeren Feind. Tatsächlich ist die typische Konfliktlage Afrikas heute die innerstaatliche, nicht mehr die zwischenstaatliche.

---

<sup>5</sup> Unter dem offiziellen Titel "Relaunching Africa's Economic and Social Development". Siebzehnte außerordentlichen Sitzung des Ministerrats. OAU-Dokument: ECM/2 (XVII) Rev.3. 25.-28. März 1995.

### 3. Paradigmen der Friedensforschung

Der hybride Diskurs zwischen Zentren und peripheren Subzentren des kapitalistischen Weltsystems bewirkt durch den anhaltenden Zustrom solch affirmativer Codes an das Zentrum auch ein ständiges Anwachsen des Theoriegebäudes, das sich durch diese Codes belegt fühlt.

Erinnern wir uns: Die Disziplin der Internationalen Beziehungen entstand, nachdem der ewige Frieden des bürgerliche Zeitalters in den Schock des Ersten Weltkriegs gemündet war. Als vorrangige Aufgabe der Disziplin galt die Suche nach Methoden und Modellen, die eine weniger gewalttätige Fortführung des Systems gestatten sollten, ohne es in seinem Kern zu verändern. Das Desaster des Zweiten Weltkriegs und marxistische Irritationen der "reinen Lehre" führten zum Entstehen der Friedensforschung, die aber nach ihrer rebellischen Phase in den siebziger und am Beginn der achtziger Jahre, wieder zu den systemlegimatorischen Wurzeln der Disziplin zurückgekehrt ist. Indem der Mainstream von Europa zu lernen vorschlägt, mit Zivilisierungsansätzen experimentiert und als Friedenstheorie neu auflegt, was schon als Entwicklungstheorie empirisch widerlegt ist, begnügt er sich mit dem Schulenstreit zwischen Neorealisten und Institutionalist.

Die leidenschaftlich diskutierte Frage, ob der Staat im internationalen Sicherheitssystem nun die abhängige oder die unabhängige Variable in seinem Verhältnis zu suprastaatlichen Institutionen darstelle, setzt jedenfalls voraus, daß der Staat als Organisationseinheit in diesem System grundsätzlich eine unentbehrliche Variable ausmacht. Schon um die eigene Existenz zu rechtfertigen, muß die Disziplin der Internationalen Beziehungen - und die von ihr abgeleiteten Entwicklungs- und Friedenstheorien - Menschen und Gemeinschaften im Mythos der Nation mediatisieren, und diesen als Staat, als Nationalökonomie und als Völkerrechtssubjekt formalisieren. Das mag vor der Erfahrung der nordatlantischen Geschichte der letzten zwei, drei Jahrhunderte einen gewissen Sinn ergeben, verliert ihn aber, umso weiter man sich räumlich und zeitlich davon entfernt. Der Schulenstreit innerhalb des Mainstreams weist bereits auf die Widersprüche im Zentrum selbst hin, wenn man auf dieser Erfahrung globale Konzepte zu erstellen versucht. Betrachtet man die Frage aber aus der Perspektive von Gesellschaften, die diese Erfahrung gar nicht, oder nur in der Rolle der Kolonisierten teilen, so werden die scheinbar notwendigen Grundannahmen zu Staat, Nationalökonomie und Völkerrecht noch wesentlich tiefgreifender erschüttert.

## 4. Uganda

Yoweri Museveni wird zurecht als jener Mann in die Geschichte eingehen, der Uganda, das seit seiner völkerrechtlichen Unabhängigkeit die Apokalypse durchlebte <sup>6</sup>, eine Dekade relativen Friedens und nationalökonomischen Aufschwungs beschert hat. In seiner Neujahrsansprache 1996 ersuchte Museveni vor diesem Hintergrund die "Internationale Gemeinschaft" um Verständnis und Unterstützung für ein politisches Projekt, das in der Verfassung vom 8.10.1995 seinen rechtlichen Ausdruck gefunden hat und doch recht erheblich von den in Afrika üblichen Kopien britischer und französischer Modelle abweicht. Er meinte, daß Demokratie unter verschiedenen Bedingungen sehr verschiedene Formen annehmen könne und in der Voraussetzung einheitlicher Regeln für globale Demokratie daher kein Nutzen liege <sup>7</sup>. Musevenis Appell war eine diplomatische Übung, denn sieht man von Nelson Mandela ab, so hat kein Staatsmann Afrikas in den letzten Jahren mehr internationale Anerkennung und Unterstützung erfahren als er. Doch worum geht es bei dem ungewöhnlichen Projekt, das er anwirbt?

Das völkerrechtlich unabhängige Uganda erbte von den Briten erstens ethnopolitische Zersplitterung, zweitens das Chief-System des Indirect Rule, drittens ein extremes Ungleichgewicht der Wirtschaftsstrukturen im Inneren und viertens die Einbindung in ein regionales und internationales Wirtschaftssystem, das die Nationalökonomie über ihren Cash-crop-Export höchst anfällig machte. In der Summe ergab das jenen sozialen Sprengstoff, aus dem die Greuel unter Amin und Obote gemacht waren.

Ich spreche hier von ethnopolitischen Gruppen und nicht von Ethnien oder gar Nationen oder Stämmen, weil diese Begriffe in Europa gemeinhin die falsche Vorstellung von statischen Gesellschaften mit einer gemeinsamen Geschichte, Kultur, Religion, Sprache und traditioneller, gemeinschaftlicher Ortsgebundenheit auslösen. Für das vorkoloniale Afrika läßt sich aber eher eine dynamische und kontinuierliche Durchmischung und laufende Abfolge von Gesellschaften beobachten, bei der sich Gemeinschaften immer wieder neu organisieren, definieren und neue kollektive Identitäten bildeten. Die Unterbrechung dieses Prozesses und die mythische Festschreibung von Ethnien oder Stämmen ist ein koloniales Konstrukt, das dem Zweck des *divide et impera* diene, aber einmal geschaffen, natürlich auch in die postkoloniale Phase mitgenommen wurde. Wrigley stellt treffend fest:

---

<sup>6</sup> Die Schätzungen über die politischen Morde unter den vorangegangenen Regimes zwischen 1962 und 1985 pendeln um etwa eine Million.

<sup>7</sup> New Vision, Kampala, 3.1.1996.

"Such categories become politically significant only when politicians find use for them. People were not aware that they were 'Bantu' or 'Nilotes' until European linguists told them"<sup>8</sup>.

Die Bewältigung dieses kolonialen Konstrukts gelang in den wenigsten der unabhängigen Staaten Afrikas - und dort wo sie einigermaßen gelang, etwa in Tansania, geschah dies um den Preis der Setzung eines neuen Konstrukts: der Nation. In Uganda lebte das koloniale Konstrukt vor allem im Gegensatz der ökonomisch privilegierten Baganda zu allen anderen, insbesondere aber zu den ethnopolitischen Gruppen des Nordostens fort, die im System der Kolonie als Reservoir für Arbeitskräfte und Soldaten dienten. Das Gemetzel der Amin-, Obote- und Okello-Herrschaften wurde immer auch ethnopolitisch begründet, obwohl kurioserweise mit den Langi und den Acholi zwei der Pole dieses Konfliktes praktisch dieselbe Sprache sprechen. Museveni konnte diese Geschichte bislang nicht überwinden, erzeugte aber durch eine leidenschaftliche Kampagne unter dem Titel des *nation-building* immerhin ein Klima, in dem die Argumentation mit ethnopolitischen Gegensätzen schwieriger wurde. Als Methode des *nation-building* wurde von ihm die Neutralisierung der politischen Parteien angesehen, die in Uganda stets entlang ethnopolitischer Grenzen organisiert waren. An ihre Stelle trat die "Bewegung" im Keinparteiensystem, auf das gleich unten einzugehen ist.

Der Preis für die Integration nach innen ist weiters die Abgrenzung von außen. Das Verhältnis zum Sudan ist seit langem äußerst prekär, das zum kapitalistischen Subzentrum Ostafrikas, Kenia, chronisch gespannt. Das Kokettieren mit externen Konflikten zur Mobilisierung der Einheit nach innen wirkt wohl kalkuliert. Daß daraus ein Widerspruch zur regionalen Integration in Ostafrika zwangsläufig folgt, habe ich an anderer Stelle angesprochen<sup>9</sup>.

Mahmood Mamdani<sup>10</sup> bezeichnet das koloniale (nicht: traditionelle!) Chief-System in der Version von Uganda als dezentrale Despotie. Der Chief vereinigte während des *Indirect Rule* der Briten auf Gemeindeebene Rechtsetzung, Rechtsprechung und Verwaltung in seiner Person. Überdies wurde ihm auch noch hoheitlich die Kompetenz zugesprochen, in den oralen Traditionen der örtlichen Gemeinschaften darüber zu befinden, was überlieferte "Tradition" wäre. Dieses System wurde ebenfalls in die Unabhängigkeit mitgenommen. Aus der Sicht der überwiegend bäuerlichen und dörflichen Bevölkerungsmehrheit fand also lediglich ein *Changing of the Guards* statt, das sich jedesmal wiederholte, wenn die neue Obrigkeit im Staat den alten

<sup>8</sup> Wrigley, Christopher: Four steps towards disaster; in Hansen, Holger/Twaddle, Michael Hg.: Uganda Now; London, Nairobi, 1988. S.28.

<sup>9</sup> Dietrich, Wolfgang: Panafrikanismus und Frieden - Das Scheitern der Ostafrikanischen Gemeinschaft als Beispiel der friedenspolitischen Fragwürdigkeit des Integrationsgedankens; in: Friedensbericht 1995; Wien, Zürich, 1996.

<sup>10</sup> Mamdani, Mahmood: And Fire does not Always Beget Ash - Critical Reflections on the NRM; Kampala, 1995. S.53 ff.

Lokaldespoten durch einen ihr loyalen, neuen ersetzt. Durch die sogenannte Landreform Idi Amins 1975 wurde überdies die ohnehin komplexe Landeigentums-, Landbesitz- und Landnutzungsstruktur mit weiteren Unsicherheiten ausgestattet, was diesem System in der Welt der bäuerlichen Gemeinschaften einen opressiven Charakter gab.

Museveni verzichtete bei seiner Machtübernahme auf ein *Changing of the Guards*. Er setzte an die Stelle der Chiefs die im Guerillakrieg erprobten, örtlichen *Resistance Councils*, die die *Resistance Committees* wählten. Darauf baute eine fünfstöckig aufsteigende Hierarchie der *Resistance Committees* bis hin zum *National Resistance Committee* auf<sup>11</sup>. Durch das *Resistance Council*-System wurde das elitäre, repräsentative und repressive System der Vergangenheit durch ein basisbezogenes Partizipationsmodell ersetzt. Die *Resistance Committees* sollten nur den Mitgliedern der Gemeinde (des *Councils*) verantwortlich sein und somit als unabhängige Kontrolle der staatlichen Behörden fungieren. Neben der Auflösung der dezentralen Despotie der Vergangenheit wurde durch diese Konstruktion auch ein ethnopolitisch bedeutender Effekt erreicht: Die Mitgliedschaft in den örtlichen *Councils* begründete sich nicht durch Herkunft, sondern durch die Arbeit vor Ort. Dadurch wurden die zahlreichen ethnopolitischen Minderheiten, die nicht am Ort ihrer Herkunft ihren Lebensunterhalt bestritten - also vor allem aus Ruanda und aus dem Nordosten stammende Menschen, die in den wirtschaftlichen Zentren des Südwestens arbeiteten - mit vorher nicht existenten demokratischen Rechten ausgestattet.

Dieses basisdemokratische Prinzip, das eine systematische Einbindung der *Grassroots* insbesondere in jene Entscheidungen ermöglichte, die für sie von unmittelbarer Relevanz sind, gehört zweifelsfrei zu den großen Errungenschaften Musevenis, die einen enormen friedenspolitischen Effekt aufwiesen.

Zugleich wohnt diesem System ein Fülle von Gefahren inne:

Erstens muß es sich bei einer voranschreitenden Durchstaatlichung in Friedenszeiten fast zwangsläufig verbürokratisieren, wodurch der basisdemokratische Effekt sehr leicht umgekehrt wird. Die Komitees der höheren Ebene sind dann durch die Mitglieder an der Basis mangels Zeit und Sachkompetenz nicht mehr zu kontrollieren. Diese Umkehr wurde spätestens durch die Einrichtung eines permanenten Sekretariats für *Resistance Committees* und die Verbeamtung von Distriktverwaltern eingeleitet. Die Verantwortlichkeit in der Hierarchie dreht sich von unten nach oben. Die *Councils* und *Committees* werden so zunehmend von der demokratischen Kontrollinstanz des Staats zu einem Organ seiner selbst.

---

<sup>11</sup> Ausführlich erklärt bei Brett, E.A.: *Providing for the Rural Poor*; Kampala, 1993. S. 36-59.

Zum zweiten können über die "kulturelle" Schiene entsprechende Autoritäten die faktische Macht in den *Councils* und *Committees* kooptieren, weshalb die hitzige Diskussion um die 1994 bis 1996 erfolgte Wiedereinsetzung der traditionellen, offiziell auf "kulturelle" Belange beschränkten Könige größte praktische Bedeutung zukommt. Dies umso mehr als die ebenfalls schon durchgeführte Dezentralisierung der Verwaltung nun auch bestens geeignete Ansatzpunkte zu einer faktischen Kooptierung der Macht durch "kulturelle" Autoritäten bietet.

Der dritte Schwachpunkt des basisdemokratischen Systems liegt schließlich darin, daß es ein Konzept für konkrete und überschaubare Gemeinden am Land darstellt, in der Anonymität der Städte aber anfällig für Korruption, Manipulation und Selbstlähmung ist. In der bisherigen Übergangsphase konnte diese Schwäche durch Improvisation übertaucht werden. Seit den Wahlen von 1996 steht Uganda damit aber vor der Quadratur des Kreises: städtetaugliche, repräsentative Mehrparteiendemokratie versus gemeinschaftsbezogene, partizipative Keinparteiendemokratie. Ein unauflöslicher Widerspruch, der nicht nur von den gewaltträchtigen Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit überschattet wird, sondern auch von der drohenden Möglichkeit, das bisherige Experiment der Bewegung im Keinparteienstaat de facto in eine herkömmliche Einparteienherrschaft mit oder ohne Wahlen umzuwandeln.

Daß die Wahlen von 1996 aus einer engeren Betrachtungsweise zugleich den Endpunkt des basisdemokratischen und friedenspolitischen Experiments dargestellt haben könnten, ergibt sich nicht nur aus den obigen Widersprüchen, sondern auch aus der dritten und vierten Erbschaft, die Uganda von den Briten hinterlassen wurde:

Das ökonomische Ungleichgewicht zwischen dem Nordosten und Südwesten Ugandas liegt weniger in geographischen Bedingungen begründet als in den ethnopolitischen Setzungen der Kolonialmacht, die die Baganda gegenüber all ihren Nachbarn zur ökonomischen Elite aufgebaut hat. Die Gewalttaten der postkolonialen Phase müssen zu einem guten Teil auch als militärisch-politisch geführter Kampf der übrigen Eliten um die Teilhabe am Reichtum Bugandas verstanden werden, wobei sich vor allem seit Idi Amin ein politischer Stil gesetzt hat, der weniger auf die Schaffung neuen Reichtums baute als auf die Umverteilung des bestehenden.

Yoweri Museveni gelang die Versöhnung der rivalisierenden Eliten vor allem auch durch seine Unterwerfung unter das Diktat des IMF bei unveränderter Weiterverwendung einer marxistisch eingefärbten Rhetorik nach dem Vorbild Tansanias. Dadurch erzielte er zwei Effekte. Einerseits wurde Uganda zum bevorzugten Zielland internationaler Entwicklungshilfe. Das Entwicklungsbudget seiner Regierung war noch 1994/95 trotz Kaffee-Boom zu 85% extern

finanziert <sup>12</sup>. Der massive Zufluß der öffentlichen und privaten Hilfgelder mit seinen umfassenden Zugriffsmöglichkeiten für die Eliten erzeugte einen Boom, der den blutigen Kampf um die alten Bestände zumindest vorläufig vergessen ließ. Zugleich griff das "Strukturanpassungsprogramm" des IMF in der Weise, daß der Anteil der Einkommenssteuer an den Gesamteinnahmen des Staates von 5,15% 1986 auf 14,7% 1995 <sup>13</sup> anstieg. Das liegt zwar immer noch nicht an der 16%-Vorgabe des IMF-Schockprogramms und ist auch relativ weit von jenen 20% entfernt, die den Schnitt der Subsahara-Staaten ausmachen, spiegelt aber dennoch eine gefährliche wirtschaftspolitische Tendenz wider. Der makroökonomische Erfolg wird nämlich nicht durch gesteigerte Steuerleistung der Eliten erzielt, sondern durch die rigorose Formalisierung von Kleinbetrieben und durch die Einbeziehung der bäuerlichen Produktionsstrukturen in den formellen Sektor. Lag deren Beitrag am gesamten Steueraufkommen 1970 noch bei 13%, so stieg er unter Obote II und weiter unter Musevenis Regierung auf 82% <sup>14</sup>. Im Klartext heißt das: Der umfangreiche, über weite Strecken funktionierende und insbesondere krisenfeste Subsistenzsektor, dem die natürliche Lage Ugandas besonders günstige Bedingungen bietet, wird über die Ausweitung und Effektivierung des Steuersystems <sup>15</sup> erbarmungslos semiproletarisiert. Semiproletarisierung der Haushalte in Subsistenzgesellschaften bedeutet Steigerung der Ausbeutungsrate der Arbeitskraft - insbesondere von Frauen, die meist die Mehrbelastung im informellen Bereich abfangen müssen. So meint auch Ali Mazrui:

*"There is one thing worse than being made fully capitalist - being made a minimal capitalist. Western capitalism has certainly used Africa, but it did not create African capitalism"* <sup>16</sup>.

Der Friede der Eliten in Uganda und der beachtliche nationalökonomische Aufschwung wird also zu einem guten Teil durch die gesteigerte Ausbeutung der Bevölkerung und eine ebenso beachtlich wachsende Kluft im Lebensstandard der Menschen erkaufte. Das ist nicht nur theoretisch herleitbar, sondern auch im Alltag sichtbar.

Die Gefahr an Musevenis Experiment liegt in der Dichotomie zwischen den basisdemokratischen Versuchen auf politischer Ebene und der diametral gegenläufigen Wirtschaftspolitik, in den

<sup>12</sup> Ministry of Finance and Economic Planning: Background to the Budget 1995-1996; Kampala, 1995. S.22.

<sup>13</sup> Ministry of Finance and Economic Planning: Background to the Budget 1995-1996; Kampala, 1995. S.23.

<sup>14</sup> Mamdani, Mahmood: And Fire Does Not Always Beget Ash - Critical Reflections on the NRM; Kampala, 1995. S.76.

<sup>15</sup> Es gilt ein Einkommenssteuersatz von 10% ab einem Jahreseinkommen von etwa US\$ 8.400, der flach auf einen Höchstsatz von 30% ab einem Jahreseinkommen von US\$ 42.000 ansteigt. Große Erwartungen werden vor allem in die eben eingeführte Mehrwertsteuer gesetzt.

<sup>16</sup> Mazrui, Ali: Is Africa decaying? A view from Uganda; in: Hansen, Holger/Twaddle, Michael Hg.: Uganda Now; London, Nairobi, 1988. S. 354.

Verelendungstendenzen, welche zu sozialen Konflikten führen können, die in ihrer Gewaltträchtigkeit den vergangenen Verteilungskämpfen der Eliten um nichts nachstehen. Die demokratische Pluralität, die Museveni international für sein Projekt einfordert, ist eine notwendige Herausforderung, um allein das im Artikel 269 der neuen Verfassung festgelegte Betätigungsverbot für Parteien - das wohl kaum mit dem Artikel 20 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vereinbar sein dürfte - zu rechtfertigen. Nun unterläuft Museveni im Inneren aber diesen demokratischen Pluralismus selbst durch eine "nationale" Wirtschaftspolitik, die den basisdemokratischen Ansatz letztlich in sein Gegenteil verkehrt. Darin liegt enormer Sprengstoff.

## 5. NGOs

Die bestechenden makro-ökonomischen Zahlen und die Bedeutung, die sie im hybriden Charakter des schon angesprochenen Diskurses erhalten, verschleiern somit den Blick auf den Ernst der Lage in Uganda. Dies vor allem deshalb, weil die bevorzugten Ansprechpartner des Auslands neben der regierenden Elite vor allem jene mittelständischen NGOs sind, die in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossen sind. Mit einem Schuß Ironie könnte man sagen, daß die internationale Entwicklungshilfe ein wesentlicher Impuls für den Unternehmergeist des ugandischen Mittelstandes war. In modernen Büros der Hauptstadt werden heute computergefertigte Projektanträge nach jenen Kriterien entworfen, die "Geberorganisationen" und deren staatliche und kirchliche Financiers verlangen. Alles findet sich im Angebot: ein Kreditprogramm für Kleinunternehmer hier, etwas ländliche Entwicklung oder auch ein Kanalisationsprojekt dort, verbunden mit Familienplanung und AIDS-Prävention - Frauen- und Umweltkomponente werden nachhaltig mitgeliefert, Basisdemokratie in Uganda sowieso... Je nach Wunsch des Gebers kann derselbe Antrag im katholischen, im protestantischen, im sozialdemokratischen oder auch im modern nüchternen Design des Neoliberalismus geliefert werden.

Es soll hier nicht behauptet werden, daß alle lokalen NGOs aus purer Berechnung und dem Zynismus ihrer Proponenten entstehen. Es liegt aber in der Natur von Institutionen - und das gilt für alle Teilhaber am nicht- oder quasistaatlichen Entwicklungsgeschäft - daß ab einem gewissen Organisationsgrad die Struktur der Institutionen und die Eigeninteressen der Akteure die Herrschaft über das humanitäre Motiv ihrer Gründung gewinnen. Dies beschränkt sich keineswegs auf jene neuen Entwicklungsunternehmen, die zwar mit einem humanitären Anspruch gegründet werden, aber eigentlich mit dem Zweck, ihren mittelständischen Funktionären einen extern finanzierten Arbeitsplatz zu schaffen. Vielmehr läßt sich dieselbe Tendenz in der aktuellen Kontraktionsphase des Weltsystems auch bei alteingesessenen Gewerkschaften, Kooperativen, Kammern, Verbänden und ähnlichen Einrichtungen beobachten, die sich am Entwicklungsmarkt als Partner anbieten.

Zwangsläufig und regelmäßig stößt man bei der Evaluierung ihrer Tätigkeit auf die in der bilateralen technischen Zusammenarbeit allgemein bekannte Projektanordnung, bei der eine internationale Entsende- oder Durchführungsorganisation staatliches oder kirchliches Geld an eine jeweils einheimische Organisation im Empfängerland leitet. Diese führt das Projekt unter der branchenüblichen Kontrolle und fallweise personeller Mitarbeit der externen NGO durch. Tendenziell ist dabei - unabhängig von der jeweiligen NGO, dem Zielland und der Branche in der

Zusammenarbeit - der Hang der Internationalisten zu beobachten, sich in den jeweiligen Zielländern sogenannte Top-down-Organisationen als Partner zu suchen. Eine solche Konstellation impliziert, daß die lokalen Durchführer im Regelfall wohl meist auch den "Begünstigten" Rechenschaft schuldig sind, zuerst und vor allem aber ihren ausländischen Partnern, von denen das Geld kommt und die ihrerseits ihrem Geldgeber Rechenschaft schuldig sind. Diese international üblich gewordene Projektanordnung über mittelständische Organisationen bewirkt somit zwangsläufig eine institutionalisierte Tendenz zur Angebotsorientierung im Entwicklungsgeschäft und damit einen chronischen Mangel an Sozialmächtigkeit der entsprechenden Projekte. Das heißt, die mittelständischen NGOs in den Empfängerländern sind in der Regel nicht als Sprecher der *Grassroots* mißzudeuten und haben sehr oft ein äußerst distanziertes Verhältnis zu ihnen.

## 6. Traditionelle und neue Gemeinschaften in Uganda

Die Diskussion um die Grassroots nahm mit dem Scheitern der großen Theorien fast gleichzeitig in Lateinamerika und Indien ihren Ausgang. Ihre Rezeption in Europa in der Form des Subsistenansatzes bezog sich zuerst ebenfalls auf diese geographischen Regionen. Daß Afrika dabei im Windschatten der Diskussion blieb, erstaunt insofern, als der Anteil der Bevölkerung, der tatsächlich in vollständiger oder weitreichender Subsistenz lebt, nirgendwo größer sein dürfte als hier. Eine Erklärung dafür liefert Mahmood Mamdani:

*"I shared with most progressive African intellectuals I know an aversion to identifying with our immediate communities: whether you define them as ethnic, tribal, religious or racial. More than any other place I know, it is in Africa that progressive intellectuals pretended to be universal intellectuals, without any anchor in the ground below"*<sup>17</sup>.

Und C.M. Tibazarwa ergänzt:

*"African Governments have an appalling tendency to perpetuate the colonial practices of irrational investment and of even ignoring the peasants"*<sup>18</sup>.

Damit gelangen wir wieder zur eingangs von Ngugi angesprochenen Diskussion um den hybriden Diskurs. Wenn so viele Intellektuelle Afrikas die Auseinandersetzung mit den Gemeinschaften, denen sie entstammen oder in deren Umfeld sie wenigstens leben, verweigern, so ist natürlich auch der interkulturelle Diskurs darüber schwer. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß es traditionelle und auch neue Gemeinschaftsbildungen jenseits des Systems überall in Afrika gibt. Warum aber verweigert man in Afrika eine Diskussion, die an anderen Orten inzwischen mit soviel Dynamik geführt wird?

Wenn in Lateinamerika 500 Jahre nach der Landung des Columbus auf den Antillen und fast 200 Jahre nach der völkerrechtlichen Unabhängigkeit der kreolischen Staatswesen von *Tradition* gesprochen wird, so bezieht sich das auf einen Jahrhunderte überdauernder Widerstand gegen die verschiedenen Formen der Ausbeutung und die mit ihnen verbundenen Heilsversprechungen. Dieser Widerstand ist mit der Generationen überdauernden Erfahrung verbunden, daß es ein gutes Leben jenseits des Systems gibt, was nichts mit einer romantisierenden Reflexion präkolumbischer Gemeinschaftlichkeit zu tun hat, sondern mit der Erfahrung der selbständigen

---

<sup>17</sup> Mamdani, Mahmood: *And Fire Does Not Always Beget Ash - Critical Reflections on the NRM*; Kampala, 1995. S.79.

<sup>18</sup> Tibazarwa, C.M.: *From Berlin to Brussels*; Durham, 1994. S.93.

Gestaltung des konkreten Orts, dem man zugehört. Mit dem Scheitern der großen Entwicklungstheorien wurde dieses Wissen auch zunehmend vom Bildungsbürgertum aufgegriffen, und es fand schließlich seinen Niederschlag im Denken und in den Arbeiten von Autoren wie Guillermo Bonfil Batalla<sup>19</sup> oder Gustavo Esteva<sup>20</sup>. Ähnliches läßt sich für Indien nachzeichnen, wo die entsprechenden Namen beispielsweise Vandana Shiva oder Ashis Nandy lauten.

Buganda wurde 1894 britisches Protektorat. Bis das gesamte Gebiet des heutigen Staates Uganda in dieses System integriert war, schrieb man das Jahr 1920. Aus der Sicht der bäuerlichen Bevölkerung vor allem außerhalb Bugandas bedeutet *Tradition* die dezentrale Despotie der von der Kolonialmacht eingesetzten Baganda-Chiefs. Aber auch in der vorkolonialen Erinnerung stößt man zumindest im Zwischenseengebiet auf die streng hierarchischen Königreiche, in denen es nicht einmal oberflächlichen Platz für den Dissens gab. Nur im Nordosten herrschten eher egalitaristische Clansysteme vor. Es überrascht daher nicht unbedingt, daß *Tradition* im Kontext emanzipatorischer Bestrebungen in Uganda keine wesentliche Rolle spielt, und man sich auf der Basis dieser Erfahrung eher an universellen und moderisierenden Heilsversprechungen orientiert.

Es muß aber auch festgehalten werden, daß dies vorläufig nur eine Tendenz in der nach wie vor überwiegend bäuerlich-traditionell gestalteten Welt darstellt, wobei der ohnedies rasend erfolgte Einbruch der Moderne durch die massive Intervention der internationalen Hilfe noch enorm akzelleriert wird. Aus der Sicht des externen Beobachters stellt sich die Frage nach der Legitimität dieser Intervention. Die Antwort kann nur auf der Basis einer politischen Vorentscheidung erfolgen. Brett<sup>21</sup> erteilt dem Subsistenzansatz eine klare Absage. Er meint, es wäre nicht zu verantworten, im Zeitalter der Gentechnologie und Vollautomatisation den Menschen in Uganda den Übergang vom Hackstock zum Ochsenpflug vorzuschlagen. Nachdem er 138 Seiten lang über das Nichtfunktionieren der Institutionen in Uganda lamentiert, gelangt er am Ende seines Buches zu der Ansicht, daß alles viel besser wäre, würden diese nur funktionieren. Sollte das politische System Ugandas in absehbarer Zeit an den oben gezeichneten Widersprüchen aufbrechen, so wird Brett uns sagen, daß dies nicht geschehen wäre, hätten nur die Institutionen funktioniert. Neorealistische und institutionalistische Friedensforscher werden ihm beipflichten und ihre Statistiken um einen neuen Konflikt in der "Dritten Welt" aktualisieren.

Der auch beim Mainstream höchst angesehene und vielleicht bekannteste Politologe Afrikas, Ali Mazrui, hält solchen Stimmen in einem seiner jüngeren Aufsätze auf erstaunliche und

---

<sup>19</sup> Bonfil Batalla, Guillermo: Mexico Profundo; Mexico,

<sup>20</sup> Esteva, Gustavo: Fiesta - Jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik; Frankfurt, 1995.

<sup>21</sup> Brett, E.A.: Providing for the Rural Poor; Kampala, 1993. S.138.

erfrischende Art entgegen, daß die Ahnen zurückschlagen werden. Und er läßt diese Ahnen sagen:

*"Your pact of the post-colonial era is inappropriate and therefore we shall make sure your roads won't work, your trains won't move, your telephones won't ring, your schools won't educate, and your soldiers will take over power every so often. We pronounce a curse upon all your post-colonial arrangements until a new compact of African authenticity is devised"* <sup>22</sup>.

Ich halte mit Mazrui und den von ihm zitierten Ahnen Bretts Hoffnung für unrealistisch und die Suche nach der "guten Institution" für utopisch. Die Resultate einer forcierten Modernisierung des landwirtschaftlichen Sektors in Mexiko (wo die Ahnen inzwischen über die Zapatista-Bewegung sprechen), Indien oder gar in Nigeria sollten gerade für ein von der Natur so begünstigtes Land wie Uganda abschreckend genug sein. Die vom IMF implementierte Schockbehandlung Ugandas bricht über den Steuerzwang die traditionellen Strukturen just während einer Kontraktionsphase des Weltsystems auf. Die Hoffnung auf die internationale Konkurrenzfähigkeit der solcherart modernisierten Sektoren bleibt mehr als vage. Die Suiten im *global hotel* sind längst überbucht und es scheint mir unverantwortlich, weitere Buchungen entgegenzunehmen. Oder etwas wissenschaftlicher ausgedrückt: Das kapitalistische Weltsystem funktioniert auf der Basis des Kapitalflusses aus der Peripherie in das Zentrum. Es gibt kein Anzeichen dafür, daß Uganda als Nationalökonomie in absehbarer Zeit irgendeine andere Stellung einnehmen könnte als eine periphere. Vor dieser Tatsache liegt für jene Menschen, die heute in einigermaßen selbstbestimmten Gemeinschaften leben, nicht der geringste Grund vor, sich in diese Peripherie integrieren zu lassen. Im Gegensatz zu Brett meine ich, daß sich in Wirklichkeit für die meisten Menschen in Uganda die Entscheidungsfrage zwischen Hackstock und Cyberspace gar nicht stellt, sondern lediglich die zwischen Subsistenz und Anomie.

Dies ist freilich längst keine autonome Entscheidung mehr, sondern sie findet in unmittelbarer Wechselwirkung mit mächtigen äußeren Faktoren statt. Daher hängt viel davon ab, ob es gelingt, den hybriden Charakter des Diskurses auf internationaler Ebene zu überwinden, ob also Wissenschaft und Literatur in der Lage sein werden, jenen radikalen und demokratischen Pluralismus auch zu ihrem eigenen Prinzip zu erheben - und ob Präsident Museveni jenen demokratischen Pluralismus, den er der internationalen Staatengemeinschaft für sein No-party-system abverlangt, auch wider jede afrikanische Gepflogenheit im Inneren zu erhalten bereit ist.

---

<sup>22</sup> Mazrui, Ali: Is Africa decaying? A view from Uganda; in: Hansen, Holger/Twaddle, Michael Hg.: Uganda Now; London, Nairobi, 1988. S. 358.



## 7. Literatur

### Monographien, Aufsätze und Artikel

Bonfil Batalla, Guillermo: Mexico Profundo; Mexico D.F., 1989.

Brett, E.A.: Providing for the Rural Poor; Kampala, 1993.

Coleman, James; American Political Science and Tropical Africa; London 1994.

Dietrich, Wolfgang: Panafrikanismus und Frieden - Das Scheitern der Ostafrikanischen Gemeinschaft als Beispiel der friedenspolitischen Fragwürdigkeit des Integrationsgedankens; in: Friedensbericht 1995; Wien, Zürich, 1996.

Esteva, Gustavo: Fiesta - Jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik; Frankfurt, 1995.

Mamdani, Mahmood: And Fire does not Always Beget Ash - Critical Reflections on the NRM; Kampala, 1995.

Mazrui, Ali: Is Africa decaying? A view from Uganda; in: Hansen, Holger/Twaddle, Michael Hg.: Uganda Now; London, Nairobi, 1988.

Ministry of Finance and Economic Planing: Background to the Budget 1995-1996; Kampala, 1995.

Mitchison, Naomi: Other Peoples Worlds; London, 1958.  
New Vision, Kampala, 3.1.1996.

Ngugi Wa Thiong'o: Decolonising the Mind - The Politics of Language in African Literature; Nairobi, London, Harare; 1986.

OAU-Document: ECM/2 (XVII) Rev.3. 25.-28. März 1995.

Tibazarwa, C.M.: From Berlin to Brussels; Durham, 1994.

Wrigley, Christopher: Four steps towards disaster; in Hansen, Holger/Twaddle, Michael Hg.: Uganda Now; London, Nairobi, 1988.

**Bisher in der Reihe WORKING PAPERS erschienen:**

Schöfbänker, Georg, **Neutralität - Quo Vadis? Struktur eines außenpolitischen Prioritätskonflikts**, Working Papers Nr. 1/97, Hrsg. Friedenszentrum Burg Schlaining, 1997.

**Report on the Training Programme for Election Observation Action Managers**, Rapporteur: Diane Theresa Hendrick, Project Team: Arno Truger/Renate Korber/Silvia Polster. Working Papers Nr. 2/97, Hrsg. Friedenszentrum Burg Schlaining, 1997.

Tuschl, Ronald H., **Mare Nostrum Limes - Der Umgang europäischer Sicherheitsinstitutionen mit peripheren Konfliktformationen**, Working Papers Nr. 3/97, Hrsg. Friedenszentrum Burg Schlaining, 1997.

Dietrich Wolfgang, **Interkulturelle Kommunikation oder hybrider Diskurs? - Zur schwierigen Wahrnehmung neuer und traditioneller Gemeinschaften Afrikas in aktuellen Friedens- und Entwicklungstheorien. Das Beispiel Uganda.**, Working Papers Nr. 4/97, Hrsg. Friedenszentrum Burg Schlaining, 1997.

**Der Autor**

Wolfgang Dietrich ist wissenschaftlicher Direktor des Friedenszentrums Burg Schlaining und Gastprofessor an den Universitäten Innsbruck und Wien.